

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/5276 —

**Rechtsextremistische Übergriffe auf in der Bundesrepublik Deutschland stationierte
Angehörige der GUS-Streitkräfte**

Auf einer Veranstaltung am 5. März 1993 in der Berliner Hochschule der Künste zum Thema „Nationalismus und GUS“ wurde während einer Podiumsdiskussion die Frage nach Übergriffen von Deutschen auf russische Armee-Angehörige gestellt. Ein Offizier und Historiker beim Oberkommando in Wünsdorf sprach davon, daß es im Jahre 1992 über 200 Übergriffe gegeben habe und dabei sieben Todesfälle zu beklagen seien. Hierbei bezog er sich auf Angaben seines Vorgesetzten, den Oberkommandierenden Burlakow, der dies in einem Fernseh-Interview vom 5. März 1993 äußerte.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung geht im folgenden davon aus, daß mit dem in der Anfrage verwendeten Begriff „GUS-Streitkräfte“ die „Westgruppe der Truppen (WGT)“ gemeint ist.

Sie geht des weiteren davon aus, daß sich die Fragen entsprechend der Überschrift ausschließlich auf rechtsextremistische Übergriffe beziehen.

1. Kann die Bundesregierung Angaben der Führung beim Oberkommando der GUS-Streitkräfte in Wünsdorf bestätigen, daß es im Jahre 1992 über 200 Übergriffe von Deutschen auf russische Armee-Angehörige gegeben hat?

Die Bundesregierung kann die vom Oberkommando der WGT in Wünsdorf für das Jahr 1992 genannte Zahl von über 200 Übergrif-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. Juli 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

fen mit rechtsextremistischem Hintergrund auf WGT-Angehörige nicht bestätigen. Im Rahmen der bestehenden Meldedienste sind dem Bundeskriminalamt für den genannten Zeitraum von den Ländern lediglich fünf Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund gemeldet worden.

2. Ist der Bundesregierung darüber hinaus bekannt, daß dabei sieben Tote zu beklagen sind?

Um welche Fälle handelt es sich dabei (bitte exakt nach Ort und Zeit auflisten)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, nach denen unter WGT-Angehörigen Todesopfer als Folge rechtsextremistischer Übergriffe zu beklagen wären.

3. Welche Maßnahmen bzw. Schritte hat die Bundesregierung bei Bekanntwerden der Übergriffe und tödlichen Anschläge ergriffen bzw. unternommen?

Sofern der Bundesregierung Übergriffe auf WGT-Angehörige bekannt werden, geht sie diesen über die für Polizei und Justiz zuständigen Bundesländern nach und erörtert sie mit der Delegation der WGT in der zuständigen Arbeitsgruppe „Rechtshilfe und administrative Zusammenarbeit“ der Gemischten Kommission. Diese Gespräche zielen darauf ab, unter Beachtung der Zuständigkeit der Bundesländer den Schutz der Angehörigen und der Objekte der WGT weiter zu verbessern.

4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, in welchen Standorten der GUS-Streitkräfte diese ca. 200 Übergriffe stattfanden?

Die der Bundesregierung bekanntgewordenen fünf Vorfälle ereigneten sich in Naumburg/ST, Schwerin/MV, Wismar/MV, Warnemünde/MV und Hillersleben/ST.

5. Wie hat sich die Bundesregierung bei Bekanntwerden dieser Vorfälle gegenüber den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten GUS-Einheiten verhalten, in welcher Form hat sie sich entschuldigt, und in welcher Weise hat sie die Sicherheit von Armee-Angehörigen vor Übergriffen deutscher Rechtsextremisten gewährleistet?

Die Bundesregierung ist bemüht, alle im Zusammenhang mit dem befristeten Aufenthalt und dem planmäßigen Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT) entstehenden sicherheitsrelevanten Probleme in der auf der Grundlage des Artikels 25 des deutsch-sowjetischen Aufenthalts- und Abzugsvertrages vom 12. Oktober 1990 eingesetzten Gemischten Kommission zu behandeln und einer Lösung zuzuführen.

Auf ihrer 9. Sitzung am 30. Juni 1993 in Bonn erörterte die Kommission auch eingehend die Entwicklung der Kriminalität im Umfeld der Garnisonen. Beide Seiten stellten die gute Zusammenarbeit zwischen den deutschen Polizei- und Justizstellen und der WGT heraus und brachten ihren Willen zum Ausdruck, auf diesem Gebiet noch enger zusammenzuarbeiten.

